

**Antrag an den
SoVD
Landesverband Niedersachsen**



Der Sozialverband Deutschland (SoVD) in der Region Osnabrück hat sich mit dem Thema Organtransplantation auseinandergesetzt. Auf einer Sitzung im September 2017 sind viele Hinweise und Anregungen besprochen worden. Unter dem Strich wurde in den Gesprächen deutlich, dass das Thema „Organtransplantation“ muss auf die gesellschaftspolitische Tagesordnung.

Der SoVD Osnabrücker-Land fordert den SoVD-Landesverband Niedersachsen - respektive entsprechende Arbeitsgemeinschaften im Verband – auf; dieses Thema grundsätzlich zu behandeln.

Einige unserer Feststellungen und Wünsche:

1. Der Skandal um die Spenderorgane vor fünf Jahren hat viel Vertrauen in eine objektive Vergabepraxis zerstört. Danach erfolgte gesetzliche Veränderungen sind gesellschaftlich und medial nicht entsprechend wahrgenommen worden und wohl auch noch nicht ausreichend.
2. Zum Ansehensverlust kommt eine Rechtsprechung, die trotz Feststellung von Fehlverhalten keine juristischen Konsequenzen erbringt.
3. Der Rückgang der Organspenden hat allerdings schon vor 2012 eingesetzt und hat heute einen dramatischen Tiefstand erreicht. Im letzten Jahr sind fast 1.000 Menschen auf den Wartelisten für eine Organspende verstorben.
4. Die Kliniken behandeln das Thema restriktiv. Der medizinische und organisatorische Aufwand für Organentnahmen ist mit den finanziellen Mitteln die für eine Transplantation kalkuliert werden, nicht zu bestreiten. Unter diesem Gesichtspunkt kann es passieren, dass selbst von Patienten mit Organspende-Ausweis keine Organe entnommen werden.
5. Trotz des Fehlverhaltens, wie in den Punkten 1 und 2 beschrieben, befürworten nach statistischen Umfragen der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung immer noch 81 Prozent der Bürger Organtransplantationen. Faktisch hatten wir 2010 rund 100 Organspender pro Monat heute sind es noch 60.

6. Die gesellschaftliche und öffentliche Aufmerksamkeit fokussiert sich weitestgehend auf den in jedem Jahr durchgeführten Tag der Organspende. Allerdings sind uns bei Besuchen in Arztpraxen und Kliniken (selbst in diesem Zeitbereich) nicht einmal dort besondere Materialien oder Hinweise aufgefallen.
7. Grundsätzlich muss das Thema „Organspende Ausweis“ als die Chance betrachtet werden, die Negativentwicklung der letzten Jahre zu stoppen. Die Situation in einer Angehörigenbefragung kurz vor dem Tod eines nahestehenden Menschen für eine Transplantationszustimmung ist mehr als eine Herausforderung.
8. Insider fordern seit einiger Zeit ein staatliches Transplantationsinstitut. Ob dieses bei der medizinischen und juristischen Festlegung wasserdichter Kriterien hilfreich ist, muss in die Überlegungen einbezogen werden.
9. Die gesetzlichen und privaten Krankenkassen müssen ihren Auftrag die Menschen mit diesem Thema zu konfrontieren, ernster nehmen.
10. In den Mittelpunkt einer neu entwickelten Kampagne gehört „zentral“ der Hinweis, dass es nicht nur um Organspenden geht, sondern jeder von uns (oder ein naher Angehöriger) heute oder morgen als ein Empfänger infrage kommen kann.

SoVD Kreisverband Osnabrücker Land

Hanna Nauber

Kreisfrauenbeauftragte

Hans-Werner Jungholt

Sozialpolitischer Arbeitskreis

A Gerd Groskurt

Kreisvorsitzender

Anlage: Presseartikel NOZ